

## Unternehmer und Gewerkschaften in der Weimarer Republik

Michael Schneider, *Unternehmer und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918 bis 1933* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 116), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1975, 219 S., brosch., 25 DM.

Michael Schneider, *Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB in der Endphase der Weimarer Republik. Mit einer Einführung von George Garvy* (= Schriftenreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 120), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1975, 271 S., brosch., 32 DM.

Eines haben die gesellschaftspolitischen Antipoden der Weimarer Republik gemeinsam: Weder über die Unternehmerverbände noch über die organisierte Arbeiterbewegung liegen bisher wissenschaftliche Gesamtdarstellungen vor. Zwar ergäbe sich auch aus der denkbar vollständigsten Erforschung des Verhältnisses von »Arbeit« und »Kapital« allein noch keine politische Sozialgeschichte der ersten deutschen Republik – zum Scheitern von Weimar haben bekanntlich der ostelbische Großgrundbesitz und die Mittelschichten unmittelbar mehr beigetragen als die vermeintlichen Hauptklassen der damaligen deutschen Gesellschaft. Aber *daß* sozialen Gruppierungen, die stark von vorindustriellen Traditionen geprägt waren, nochmals eine entscheidende politische Rolle zufiel, bleibt unverständlich, wenn man nicht die Zuspitzung des Konflikts zwischen industriellen Arbeitern und Unternehmern, also des spezifisch modernen Klassengegensatzes, als auslösendes Moment einer umfassenden gesellschaftlichen Radikalisierung begreift. Die hier anzuzeigenden Bücher von Michael Schneider, die sich mit der Politik und Ideologie von Industrieverbänden und Gewerkschaften befassen, sind von der Fragestellung her Studien zur Auflösung der Weimarer Republik. Sie bieten keine Gesamtdarstellung des Verhältnisses von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der ersten Republik, aber sie behandeln Probleme, denen innerhalb einer solchen Gesamtdarstellung eine herausragende Bedeutung zukäme.

Die Arbeit über das unternehmerische Demokratie- und Gewerkschaftsverständnis in der Weimarer Republik, eine Bremer Dissertation, greift zeitlich weiter als die Studie über die Arbeitsbeschaffungspläne der Freien Gewerkschaften. Die erstgenannte Abhandlung setzt mit der politischen Aufwertung der organisierten Arbeiterschaft im Ersten Weltkrieg ein. Die schrittweise Anerkennung der Gewerkschaften durch den Staat, das unvermeidliche Gegenstück zu ihrer Instrumentalisierung im Dienst der Kriegswirtschaft, brachte die Arbeitnehmerorganisationen zugleich in ein neuartiges Verhältnis zu den Industrieverbänden. Aus dem gemeinsamen Interesse an der Abwehr von staatlichem Dirigismus und radikalen Strömungen innerhalb der Arbeiterschaft erwuchs ein quasisyndikalistisches Zusammenspiel, das schließlich in der »Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer« vom 4. Dezember 1918 gipfelte. Die Konzessionen, die die Arbeitgeber den Gewerkschaften unter dem Eindruck des revolutionä-

ren Umbruchs machten — darunter die bedingte Anerkennung des Achtstundentages —, wurden freilich von der Unternehmerseite von vornherein als rein taktisches Mittel zur Sicherung übergeordneter gesellschaftspolitischer Ziele betrachtet. Definitiv hat sich die Großindustrie mit dem Machtgewinn der Gewerkschaften jedenfalls nicht abgefunden. Nachdem die Kooperation mit den organisierten Arbeitnehmern ihren tatsächlichen Hauptzweck, die Verhinderung revolutionärer Eingriffe in die bestehenden Eigentumsverhältnisse, erfüllt und die Inflation die gesellschaftliche Machtposition der Großindustriellen drastisch verstärkt hatte, konnte die Revision von Zugeständnissen aus der Revolutionszeit in Angriff genommen werden. Der Abschaffung des Achtstundentages kam dabei nicht bloß wirtschaftliche, sondern vor allem auch politische Bedeutung zu: Den Unternehmern ging es nicht so sehr um die Dauer der Arbeitszeit als darum, eine gesetzliche — d. h. staatliche — Regelung dieses Problems zu verhindern. Der Staat aber wurde um so feindseliger betrachtet, je größer der Einfluß der organisierten Arbeiterschaft auf die Regierung war. Infolgedessen mäßigte sich die Kritik der Unternehmer am parlamentarischen Regime erst, nachdem sie ihre symbolträchtige Forderung nach der Rücknahme des Achtstundentages durchgedrückt hatten. Von einer vorbehaltlosen Bejahung der Weimarer Republik durch die Industrie kann freilich auch in der Periode relativer Stabilität zwischen 1924 und 1928 nicht die Rede sein: Die obrigkeitsstaatlichen Mentalreservierungen blieben ungebrochen<sup>1</sup>.

Nachdem gerade in den letzten Jahren zahlreiche Einzeluntersuchungen zur Politik der Unternehmer im ersten Jahrzehnt der Weimarer Republik erschienen sind, hätte es nahe gelegen, sich einem vergleichsweise weniger erforschten Bereich zuzuwenden: dem Problem, wie sich Veränderungen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse auf die ideologischen Rechtfertigungen von Unternehmerinteressen auswirkten. Leider geht Schneider dieser Frage nicht mit der nötigen Intensität nach, wie denn die Unternehmerpresse erstaunlicherweise nicht systematisch ausgewertet worden ist. Die ideologischen Positionen der Unternehmer werden für den Zeitraum der Jahre 1918 bis 1928 eher summarisch registriert als mit der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung verknüpft. Vieles wird rekapituliert, was einige neuere Darstellungen bereits ausführlich abgehandelt haben. Andererseits werden etwa die »Direktoriumspläne« vom Herbst 1923, an denen neben der Reichswehrführung auch prominente Industrielle wie namentlich Stinnes aktiv beteiligt waren, gar nicht erwähnt. Gleichfalls unerörtert bleiben die Reaktionen der deutschen Unternehmer auf den italienischen Faschismus, obwohl die Industriepresse sich ausgiebig mit der Entwicklung unter dem Regime Mussolinis beschäftigt hat und aus dieser bemerkenswert kontroversen Auseinandersetzung sehr interessante Rückschlüsse auf das Verhältnis von Industrie und Demokratie zu gewinnen gewesen wären.

<sup>1</sup> Vgl. zum Vorstehenden aus der neueren Literatur vor allem die Arbeiten von *Gerald D. Feldman*, *Army, Industry, and Labor in Germany: 1914–1918*, Princeton 1966; *ders.*, *German Business between War and Revolution. The Origins of the Stinnes-Legien-Agreement*, in: *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.), *Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag*, Berlin 1970, S. 312–341; *ders.* (unter Mitarbeit von *Irmgard Steinisch*), *The Origins of the Stinnes-Legien-Agreement: A Documentation*, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 9, 1973, Nr. 19/20, S. 45 – 102; *ders.* und *Heidrun Homburg*, *Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916 – 1923*, Hamburg 1976. Ferner: *Dirk Stegmann*, *Die Silberberg-Kontroverse 1926. Unternehmerpolitik zwischen Reform und Restauration*, in: *Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), *Sozialgeschichte Heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag*, Göttingen 1974, S. 594 – 611, sowie mehrere Beiträge in dem Sammelwerk: *Hans Mommsen / Dietmar Petzina / Bernd Weisbrod* (Hrsg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974. Zum europäischen Zusammenhang der »Stabilisierung« nach 1918: *Charles S. Maier*, *Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany, and Italy in the Decade After World War I*, Princeton, N. J., 1975.

In diesem Zusammenhang muß ein anderer Mangel des Buches vermerkt werden: Der Autor hat darauf verzichtet, die Unternehmerideologie nach Branchen zu differenzieren. Er konzentriert sich auf die Schwerindustrie, der die ideologische Federführung für die gesamte Unternehmerschaft attestiert wird. Es wäre indessen durchaus sinnvoll gewesen, der Frage nachzugehen, ob es zwischen kapital- und lohnintensiven Industriezweigen nicht doch ein erhebliches Gefälle der Gewerkschaftsfeindschaft gab. Von daher hätten sich vermutlich gewisse ideologische und politische Affinitäten zwischen Montanindustrie und mittelständischen Unternehmungen aufzeigen und Kontinuitäten zwischen Kaiserreich und Republik herausarbeiten lassen.

Die Endphase der Weimarer Republik wird in Schneiders Darstellung sehr viel systematischer abgehandelt als die Jahre 1918 bis 1928. Im Mittelpunkt stehen die Reaktionen der Unternehmer auf die »Wirtschaftsdemokratie«, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) 1928 zum offiziellen Programm erhoben hatte. Zwar sind die Grundzüge der unternehmerischen Argumentation bekannt<sup>2</sup>, aber die Breite der Belege ist eindrucksvoll. Die Schärfe, mit der sich die Industrie gegen die gewerkschaftlichen Forderungen wandte, ist auf dem Hintergrund der Tatsache zu sehen, daß nach den Maiwahlen von 1928 die Sozialdemokraten wieder an der Regierung beteiligt waren und den Kanzler der Großen Koalition stellten. Mit Recht weist Schneider darauf hin, daß die Unternehmer die Durchsetzungschancen des wirtschaftsdemokratischen Programms maßlos überschätzten. Etwas zu kurz kommt dabei freilich, daß das von Fritz Naphtali redigierte Langzeitprogramm der Freien Gewerkschaften wohl nicht zuletzt eine innerverbandliche Integrationsfunktion hatte. Das auch von liberalen Kritikern geäußerte Bedenken, der Entwurf würde zwangsläufig zur Bürokratisierung der Wirtschaft und letztlich zur Staatsomnipotenz führen – eine Gefahr, die durch die Ausklammerung der innerbetrieblichen Mitbestimmung in dem Gewerkschaftsprogramm noch verstärkt wurde –, kann im übrigen kaum über denselben Leisten geschlagen werden wie die dogmatische Abwehr jeder Art von öffentlicher Kontrolle und überbetrieblicher Mitbestimmung der Arbeitnehmer. In ebendiese Richtung zielte der Hauptstoß der unternehmerischen Gegenoffensive. Nach dem »Großen Krach« radikalisierte sich der Widerstand der Unternehmervverbände. Seit Ende 1929 stellten sie faktisch den gesamten sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer zur Disposition: die tarifliche Lohnvereinbarung, die Arbeitslosen- und die Sozialversicherung. Führende Vertreter der Schwerindustrie erweiterten den Kampf gegen die Wirtschaftsdemokratie ganz bewußt zum Kampf gegen die parlamentarische Demokratie, in der sie mit Recht die Bedingung der Möglichkeit von Arbeiter- und Konsumentenmacht sahen. An die Stelle des Weimarer »Gewerkschaftsstaates« sollte ein Regime treten, das dem des kaiserlichen Obrigkeitsstaates bemerkenswert ähnlich sah. Was die konservative Richtung im Unternehmerlager anstrebte, lief auf die Revision alles dessen hinaus, was die Arbeiterschaft seit dem Ersten Weltkrieg an Einfluß hatte gewinnen können.

Der Erfahrungs- und Erwartungshorizont der deutschen Unternehmer in der Weimarer Republik war, das wäre einschränkend zu den verallgemeinernden Thesen zu Anfang und Ende des Buches zu sagen, durch die autoritären Traditionen Deutschlands geprägt. Aus ebendiesen Traditionen nährte sich auch die verbreitete Annahme, der Nationalsozialismus werde sich damit begnügen, die Fesseln des äußeren wie des vermeintlichen inneren Versailles abzustreifen. Wenn auch nur eine Minderheit der Großindustriellen aus dieser Erwartung heraus die Machtergreifung Hitlers aktiv unterstützte, an der Aufkündigung des Basiskompromisses mit der organisierten Arbeiterschaft haben die Spitzen-

<sup>2</sup> Vgl. etwa *Heinrich August Winkler*, Unternehmer und Wirtschaftsdemokratie in der Weimarer Republik, in: Probleme der Demokratie heute (= Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 2), Opladen 1971, S. 308–322.

verbände der Unternehmer insgesamt tätigen Anteil genommen und eben damit ihren kollektiven Beitrag zur Auflösung der Weimarer Republik geleistet. Die Dissertation Michael Schneiders, die durch eine Beschränkung auf einige ausgewählte Problembereiche oder auf einen kleineren Zeitraum vermutlich viel an innerer Geschlossenheit gewonnen hätte, hat dennoch das Verdienst, diese Einsicht mit einer Fülle bisher unbekannter Belege zu untermauern.

Es gehört zu den meistdiskutierten Problemen der deutschen Geschichte der Jahre 1930 bis 1933, ob die Arbeiterschaft den Aufstieg des Nationalsozialismus nicht doch hätte aufhalten können. Jede historische Betrachtung hat dabei vom tatsächlichen Spielraum der damaligen Akteure auszugehen. Die tiefe ideologische und politische Spaltung der Arbeiterklasse war eine objektive Kluft, die keiner der Beteiligten ad hoc zu überspringen vermochte. Das Machtpotential, das zur Zeit des »Preußenschlages« dem Reichspräsidenten zur Verfügung stand, mußte den Sozialdemokraten und Freien Gewerkschaften den Gedanken an einen Bürgerkrieg absurd erscheinen lassen. Die Massenarbeitslosigkeit verminderte von vornherein die Erfolgchancen eines Generalstreiks. Realistischer ist es, die Frage nach den alternativen Strategien der organisierten Arbeiterschaft auf einer niedrigeren Ebene zu stellen: War es unvermeidbar, daß gerade die Nationalsozialisten mit der Parole »Arbeit und Brot« Wahlen gewannen? Michael Schneider antwortet in seinem Buch über das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit einem klaren Nein. Der Band stützt sich stärker noch als die Dissertation auf ungedrucktes Material, darunter auch den Nachlaß des Konjunkturexperten des ADGB, Wladimir Woytinsky, eines russischen Emigranten und früheren Mitarbeiters Lenins. Es mag auch an der klaren Fragestellung liegen, daß Schneiders zweites Buch viel dichter und in der Argumentation zwingender wirkt als sein Erstlingswerk. Seine materialgesättigte Studie zum Arbeitsbeschaffungsproblem wirft neues Licht auf eines der umstrittensten Kapitel der Endphase der Weimarer Republik: die offenkundige Entfremdung zwischen SPD und Freien Gewerkschaften. Robert A. Gates, dessen Dissertation von 1970 zur Wirtschaftspolitik der reformistischen deutschen Arbeiterbewegung in den Jahren 1930 bis 1933 leider noch nicht veröffentlicht ist, aber offenbar zentrale Thesen des Buches von Schneider vorwegnimmt, hat kürzlich argumentiert, marxistische Befangenheit habe die Sozialdemokraten daran gehindert, dynamisch auf die Herausforderung der Großen Krise zu reagieren. Rudolf Hilferding, der Cheftheoretiker der Weimarer SPD, sei so sehr auf den langfristigen Strukturwandel im Zeichen des »Organisierten Kapitalismus« und die schrittweise Verwirklichung des sozialistischen Endziels fixiert gewesen, daß ihm die Möglichkeiten kurzfristiger Krisenbekämpfung gar nicht zum Problem werden konnten. Vielmehr habe er geradezu fatalistisch Krisen als prinzipiell unabwendbaren Bestandteil des Kapitalismus gesehen, korrigierenden Staatseingriffen keine Chance gegeben und darum Brüning's orthodoxe Deflationspolitik nachdrücklich unterstützt<sup>3</sup>. Schneider kommt zu einem ähnlichen Resultat. Die Sozialdemokraten haben, Hilferding's Argumenten folgend, die modern anmutende antizyklische Konjunkturpolitik, wie sie die Freien Gewerkschaften unter dem Einfluß Woytinskys vorschlugen, beharrlich zu blockieren versucht. Die Schaffung zusätzlicher Massenkaufkraft erschien ihnen als ein

<sup>3</sup> Robert A. Gates, *German Socialism and the Crisis of 1929 - 33*, in: *Central European History* 7, 1974, S. 332-359. Vgl. auch *ders.*, *Von der Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik? Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in der Krise 1920-1933*, in: Hans Mommsen u. a. (Hrsg.), *Industrielles System*, S. 206-225. Gates' Dissertation (*The Economic Policies of the German Free Trade Unions and the German Social Democratic Party, 1930 - 1933*, Ph. D. Thesis University of Oregon, Eugene/Oregon, MS, 1970), auf die Schneider mehrfach verweist, lag mir nicht vor. Schneider zufolge unterscheidet sich sein Ansatz von der Dissertation Gates' dadurch, daß er das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB nicht nur im Zusammenhang des parteipolitischen Spektrums, sondern im gesamtgesellschaftlichen Kontext sieht.

riskantes Spiel mit der Inflation. Nur widerwillig haben sie sich im August 1932 auf einen Kompromiß mit dem pragmatischeren ADGB eingelassen und einem Arbeitsbeschaffungsprogramm zugestimmt, dessen Finanzierungshöhe mit 1 Million RM um die Hälfte unter dem Vorschlag der Freien Gewerkschaften lag.

Schneider verfolgt die innergewerkschaftliche Diskussion über die Arbeitsbeschaffung zurück bis in die Mitte der Zwanzigerjahre. Schon 1925 warf der ADGB das Argument in die Debatte, eine Ausweitung der Massenkaufkraft werde wirtschaftsbelebend wirken und die durch die forcierte Rationalisierung der deutschen Industrie verursachte Arbeitslosigkeit abbauen helfen. Die Kaufkraftthese stützte zugleich auch das Postulat der Arbeitszeitverkürzung ab. Unter dem Eindruck der Großen Krise proklamierte Woytinsky als Mittel zur Behebung der Depression eine internationale Anhebung der Preise. Ebenfalls im internationalen Rahmen sollte die zusätzliche Kreditschöpfung erfolgen, wie sie im Dezember 1931 der nach den Initialen der Autoren Wladimir Woytinsky, Fritz Tarnow (Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes) und Fritz Baade (Leiter der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen) benannte WTB-Plan vorsah. Eine internationale Verständigung der Notenbanken hätte einseitige Abwertungen nationaler Währungen und überdies eine zumindest nominelle Steigerung der deutschen Reparationslasten verhindern können. Allerdings hat Woytinsky die Chancen für eine »internationale Arbeitsbeschaffung auf Grund einer internationalen Kreditschöpfung« mit Recht skeptisch beurteilt, und präzisiert wurde im WTB-Plan darum allein das Programm einer »Krisenbekämpfung im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft«. Der aus dem WTB-Plan hervorgegangene Beschluß »Wiederaufbau durch Arbeitsbeschaffung«, den der Außerordentliche Kongreß des ADGB am 13. April 1932 faßte, sah nur noch nationale Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung vor.

Woytinsky hat mit seiner Empfehlung, der Staat möge in Zeiten der Hochkonjunktur Rücklagen für Krisenzeiten schaffen und in der Depression durch zusätzliche Kreditschöpfung der Deflation entgegenwirken, die Grundregel der antizyklischen Konjunkturpolitik formuliert. Mit John Maynard Keynes, der dieser Theorie 1936 die klassische Form gab, stand Woytinsky bereits in den frühen Dreißigerjahren in Verbindung; mit ihm teilte er das Schicksal, von der herrschenden Lehre der Wirtschaftswissenschaften wie von den meisten Politikern als Befürworter eines Inflationskurses abqualifiziert zu werden. Der plausible Hinweis, daß angesichts massenhaft brachliegender Kapazitäten eine Geldentwertung nicht zu erwarten war, konnte weder die bürgerlichen noch die marxistischen Orthodoxen überzeugen.

Zustimmung fanden die Vorschläge des ADGB hingegen bei Gregor Strasser, der vor den Juliwahlen von 1932 ein den gewerkschaftlichen Forderungen nahekommendes »Sofortprogramm« vorlegte. Über Kontakte zwischen den Freien Gewerkschaften und dem »Strasser-Flügel« der NSDAP hat es bereits 1932 vielfältige Gerüchte und Vermutungen gegeben. Vor allem von kommunistischer Seite ist dem ADGB immer wieder vorgeworfen worden, er habe sich bereits vor der nationalsozialistischen Machtergreifung mit den künftigen Machthabern arrangieren wollen. Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Aufzeichnung über ein von Reichswehrminister von Schleicher arrangiertes und geleitetes Gespräch zwischen Vertretern des ADGB und der NSDAP, das am 9. September 1932 stattgefunden haben soll. Auch bei Schneider ist von einer Unterredung zwischen Gewerkschaftsvertretern und Schleicher am 9. September 1932 die Rede, wobei die Anwesenheit Strassers als zweifelhaft vermerkt ist (S. 154 f.). Inzwischen hat Henryk Skrzypczak nachgewiesen, daß das »Protokoll« dieses Gesprächs, das in antireformistischen Pamphleten — etwa bei Hannes Heer — als wichtiges Beweisstück vorgeführt wird, eine Fälschung ist. Als gesichert können dagegen zwei andere Kontaktaufnahmen gelten, die freilich beide nicht vom ADGB ausgingen: Am 24. August 1932 traf sich der General-

direktor der Verkehrsgesellschaft AG, Dr. Erich Lübbert, der wohl dem Stahlhelm und Gregor Strasser nahestand, zu einem Gespräch über Fragen des Arbeitsdienstes mit Vertretern des ADGB, und zwei Tage später bat Cordemann von der Wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP Fritz Tarnow, der auch als sozialdemokratischer Abgeordneter dem Reichstag angehörte, um ein »unverbindliches« und »vertrauliches« Gespräch über Fragen der Arbeitsbeschaffung. Inzwischen hat Michael Wolffsohn in dem unveröffentlichten Tagebuch des ehemaligen Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium, Hans Schäffer, einen Hinweis darauf gefunden, daß es zwischen Tarnow und Strasser in Gegenwart des Vorsitzenden der Freien Gewerkschaft der Bankangestellten, Marx, eine offenbar sehr kontrovers verlaufene Unterredung gegeben hat. Ob Tarnow hierbei im Wissen oder gar Auftrag des ADGB-Vorstandes gehandelt hat, ist allerdings fraglich. Der Vorsitzende des ADGB, Theodor Leipart, hat Gespräche mit Strasser entschieden in Abrede gestellt<sup>4</sup>.

Weder die verbandspolitisch vertretbaren Verbindungen der Freien Gewerkschaften zu den Präsidialkabinetten Papen und Schleicher noch die kurzsichtige Mitarbeit des ADGB beim »Freiwilligen Arbeitsdienst« oder die verbreitete opportunistische Anpassung an das nationalsozialistische Regime zwischen Januar und Mai 1933 rechtfertigen es, den Gewerkschaften mit Hannes Heer eine präventive Kapitulation vor dem Faschismus zu unterstellen. Ebenso verfehlt wäre es, mit dem gleichen Autor das Verhalten führender ADGB-Funktionäre nach der Machtergreifung als logische Konsequenz derselben reformistischen Illusionen zu sehen, die vorher ihren Niederschlag im Arbeitsbeschaffungsprogramm vom April 1932 gefunden haben sollen. Die Anpassungstaktik nach dem 30. Januar 1933 war kein notwendiges Resultat des gewerkschaftlichen »Pragmatismus«. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm dagegen war die einzig aussichtsreiche offensive Strategie, die der Arbeiterbewegung 1932 noch zur Verfügung stand und mit deren Hilfe sie die Anziehungskraft des Nationalsozialismus hätte schwächen können. Wie die im Juli 1932 veröffentlichten »Richtlinien zum Umbau der Wirtschaft« zeigen, war das Plädoyer für eine aktive Arbeitsbeschaffungspolitik, auch wenn dieses zunächst auf eine Stabilisierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems hinauslief, nicht identisch mit einem Verzicht auf sozialistische Zukunftsperspektiven. Wenn in den »Richtlinien« die »Zwischenschichten«, aus denen sich der Massenanhang des Nationalsozialismus vorwiegend rekrutierte, besonders umworben wurden, dann versuchten die Gewerkschaften gewissermaßen in letzter Stunde etwas nachzuholen, was die Sozialdemokratie allzulang versäumt hatte – und zwar aus der gleichen vulgärmarxistischen Befangenheit heraus, die sie in einen lähmenden Krisenfatalismus hatte verfallen lassen<sup>5</sup>. Die historischen Bedingungen dieses ideolo-

4 *Henryk Skrzypczak*, Fälscher machen Zeitgeschichte. Ein quellenkritischer Beitrag zur Gewerkschaftsgeschichte in der Ära Papen und Schleicher, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 11, 1975, Nr. 4, S. 437–471. Nach Abschluß des Manuskripts erschien noch der Skrzypczaks Ergebnisse voll bestätigende Aufsatz von *Dieter Emig/Rüdiger Zimmermann*, Das Ende einer Legende: Gewerkschaften, Papen und Schleicher. Gefälschte und echte Protokolle, ebda. 12, 1976, Nr. 1, S. 19–43. Das »Protokoll« ist abgedruckt bei *Franz von Papen*, Vom Scheitern einer Demokratie, 1930–1933, Mainz 1968, S. 259, sowie bei *Hannes Heer*, Burgfrieden und Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930–1933, Neuwied 1971, S. 159–161 (die interpretatorische Auswertung: S. 87–89). Zu dem Tagebucheintrag Schäffers, der sich auf Marx als Zeugen beruft, vom 10. 10. 1932: *Michael Wolffsohn*, Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspolitik? Studien zur Politik der Arbeitsbeschaffung in Deutschland, 1930–1934, Phil. Diss. (MS) Berlin (FU) 1975, S. 108. Das Tagebuch Schäffers befindet sich im Institut für Zeitgeschichte in München.

5 Für *Heer* (S. 76) ist der späte Versuch des ADGB, die Mittelschichten besonders anzusprechen, bezeichnenderweise nichts als Anpassung an nationalsozialistische Demagogie. Vgl. zur Kritik der sozialdemokratischen Mittelstandspolitik: *Heinrich August Winkler*, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 124–127.

gischen Konservatismus hätten eine schärfere Analyse verdient, als Schneider sie anbietet. Ob die Sozialdemokraten, wenn sie sich auf eine antizyklische Politik im Sinne Woytinskys voll und frühzeitig festgelegt hätten, die Regierung Brüning im gleichen Sinn hätten beeinflussen können, ist freilich zweifelhaft<sup>6</sup>. Wäre ihnen dies, wie zu vermuten, nicht gelungen, so hätte sich die Tolerierung des ersten Präsidialkabinetts auf längere Zeit kaum fortsetzen lassen. Aber die Prämissen der Tolerierungspolitik waren ja ohnehin, wie man aus Brünings Memoiren weiß, überaus problematisch. Weder war Brüning der entschiedene Gegner Hitlers, für den ihn die SPD hielt, noch war der Vormarsch des Nationalsozialismus bei einer anderen, offensiveren Politik der Sozialdemokraten unaufhaltsam. Ernest Hamburger hat zwar argumentiert, die Angst vor der Inflation habe in den frühen Dreißigerjahren noch so tief gesessen, »daß selbst eine beschränkte Kreditausweitung im deutschen Volk außer bei den Sachwertbesitzern eine Panik ausgelöst haben würde«<sup>7</sup>. Aber wenn die Nationalsozialisten mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm, das über die Vorstellungen des ADGB weit hinausging, im Juli 1932 den größten Wahlerfolg vor ihrer Machtergreifung errangen, ist es schwer einzusehen, warum den Sozialdemokraten vergleichbare Forderungen hätten abträglich sein sollen<sup>8</sup>.

Hypothetische Geschichte ist eine spekulative Wissenschaft. Aber die Frage nach den konkreten Alternativen zu dem, was tatsächlich geschah, ist ein notwendiges Korrektiv zu der Versuchung, Ereignisabläufe im nachhinein als unvermeidbar darzustellen. Michael Schneider hat die Aufmerksamkeit auf jenes Gebiet gelenkt, auf dem es am ehesten noch eine Alternative zum Weg in die »deutsche Katastrophe« gab. Die tieferen Gründe, weshalb diese Alternative nicht ergriffen wurde, liegen in einem historischen Determinismus, der den Blick für die verbliebenen Chancen der Gegenwart verstellte. Dieser Befund aber ist nicht so ausschließlich historisch, als daß sich aus ihm nicht noch für die Gegenwart lernen ließe.

6 Die offizielle Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Brüning, Papen und Schleicher behandelt *Schneider* unter Heranziehung von Archivmaterialien im 4. Kapitel seiner Arbeit (Arbeitsbeschaffungsprogramm, S. 167–213). Vgl. hierzu jetzt auch: *Helmuth Marcon*, Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher. Grundsteinlegung für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich, Frankfurt 1974.

7 *Ernest Hamburger*, Betrachtungen über Heinrich Brünings Memoiren, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 8, 1972, Nr. 15, S. 18–39 (das Zitat: S. 31 f.).

8 Die NSDAP sah in ihrem Sofortprogramm jährliche Ausgaben von 2,4 Milliarden RM für einen Zeitraum von 4 Jahren, insgesamt also 9,6 Milliarden RM vor; der ADGB plante Ausgaben von insgesamt 2 Milliarden RM (*Schneider*, Arbeitsbeschaffungsprogramm, S. 153).